

Presseinformation

22. Januar 2014

Vierte Verlängerung des Territorialen Beschäftigungspaktes NÖ

Sobotka: 191 Millionen Euro für niederösterreichischen Arbeitsmarkt

Im Niederösterreichischen Landhaus in St. Pölten wurde heute der Neuabschluss des Territorialen Beschäftigungspaktes unterzeichnet. Der 1998 ins Leben gerufene Territoriale Beschäftigungspakt ist eine Partnerschaft des Landes Niederösterreich mit dem Arbeitsmarktservice NÖ, dem Bundessozialamt, den Gemeindevertreterverbänden, der NÖ Arbeiterkammer und Industriellenvereinigung, dem Landesschulrat und der NÖ Wirtschaftskammer. Im Gegensatz zu den früheren Verträgen ist die vierte Verlängerung des Territorialen Beschäftigungspaktes nur auf ein Jahr ausgelegt, um in der nächsten Ausgabe auch die erst im Lauf dieses Jahres vorliegenden Programme der EU berücksichtigen zu können.

„Während die Prognosen ein stabileres Wirtschaftswachstum zwischen 1,6 und 1,8 Prozent für 2014 bzw. 2,5 Prozent für 2015 erwarten lassen, haben die letzten Monate gezeigt, dass zwar die Beschäftigungszahlen annähernd gleich hoch geblieben sind, die Arbeitslosigkeit aber beachtlich angestiegen ist. Das wird zunächst auch so bleiben, erst bei einem Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent wird die Arbeitslosigkeit wieder zurückgehen“, erklärte Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Mag. Karl Fakler vom Arbeitsmarktservice NÖ und Mag. Manfred Rötzer vom Bundessozialamt vor der Vertragsunterzeichnung.

„Der Territoriale Beschäftigungspakt NÖ wird in der EU als Best-Practice-Beispiel zitiert, löst die Schnittstellen zwischen Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs-, Integrations- und Gesundheitspolitik mustergültig auf, trägt zu einem möglichst effizienten Mitteleinsatz bzw. zu einer nachhaltigen Belassung der Fördermittel in den Regionen bei und umfasst Pilotprojekte für jüngere und ältere Arbeitssuchende sowie Menschen mit Migrationshintergrund“, so Sobotka.

Angesichts der Prognosen eines weiteren Anstieges der Beschäftigungslosen trotz des in Aussicht stehenden Wirtschaftswachstums gelte es, die Maßnahmen bestmöglich zu bündeln, wobei der Landeshauptmannstellvertreter drei Ziele des Territorialen Beschäftigungspaktes hervorhob: „Um ältere Menschen in der

Presseinformation

Beschäftigung zu halten, Personen mit Migrationshintergrund in den Arbeitsprozess zu integrieren und Jugendliche von der schulischen Ausbildung nahtlos in die berufliche Qualifikation hinüberzuführen, stehen dank des Territorialen Beschäftigungspaktes jetzt 191 Millionen Euro zur Verfügung, das sind um 14 Millionen Euro mehr als im Vorjahr". 117 Millionen davon entfallen auf das Arbeitsmarktservice, 38 Millionen Euro auf das Bundessozialamt und 36 Millionen Euro auf das Land Niederösterreich.

Zur Attraktivierung des Wirtschaftsstandortes und damit Schaffung von Arbeitsplätzen müsse dabei auch die Betriebsansiedlungs- und -gründungspolitik massiv unterstützt werden. Besonderes Augenmerk müsse auch darauf gelegt werden, Menschen, die bereits länger ohne Beschäftigung seien, rasch wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, seien doch Langzeitarbeitslose meist nur noch am sogenannten zweiten Arbeitsmarkt vermittelbar. „Und jenseits aller Statistiken bedeutet jeder Arbeitslose ja ein persönliches Einzelschicksal“, so Sobotka abschließend.

Nähere Informationen beim Büro LHStv. Sobotka unter 02742/9005-12221, Mag. (FH) Eberhard Blumenthal, und e-mail eberhard.blumenthal@noel.gv.at.



Mag. Manfred Rötzer, Bundessozialamt, Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Wolfgang Sobotka und Mag. Karl Fakler, Landesgeschäftsführer des AMS NÖ, (von links) mit dem Neuabschluss des Territorialen Beschäftigungspaktes.

© NLK